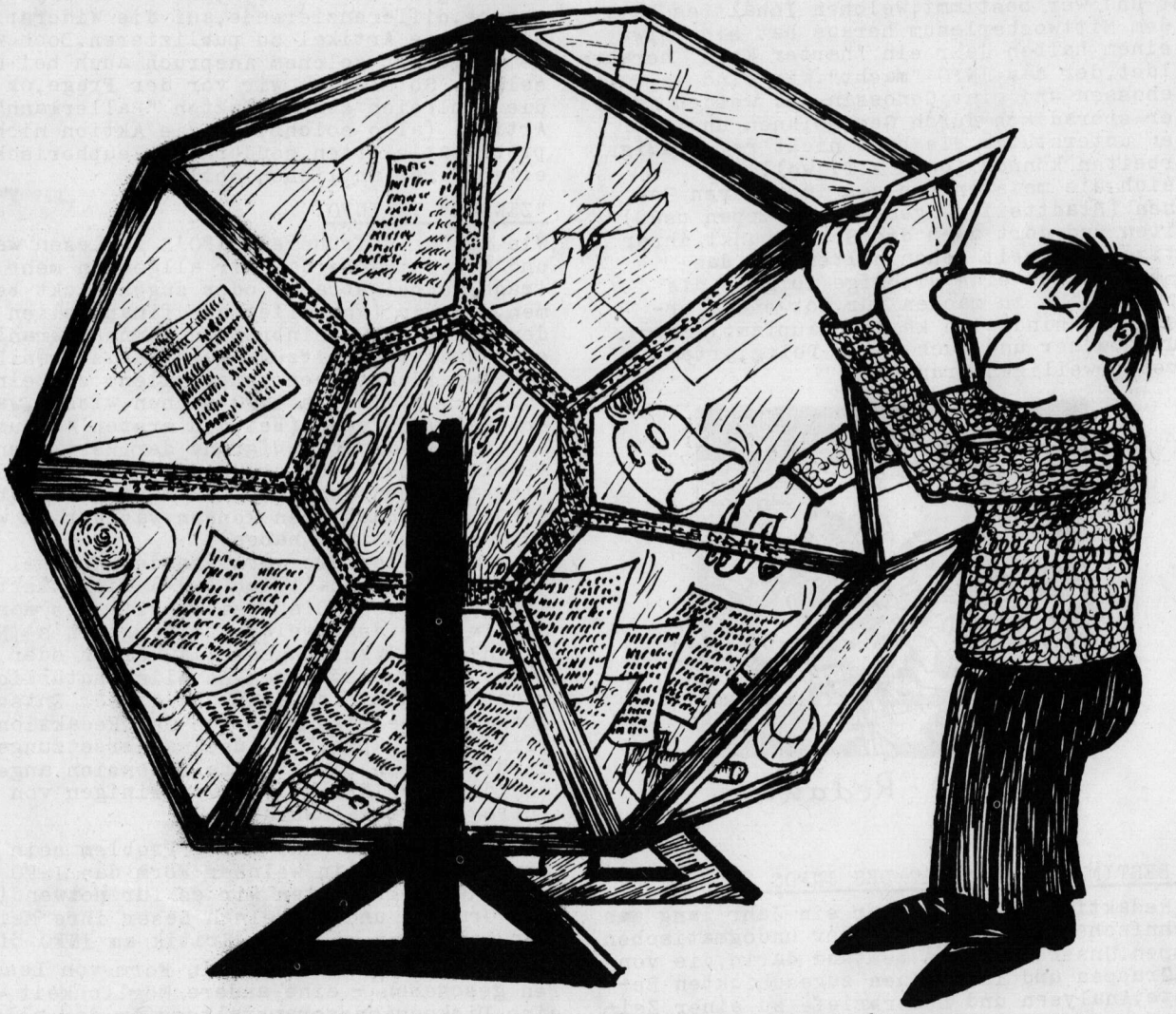
72

INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 52

7.4.75 WÖCHENTLICH 2. JHG. DM 0.50



BISHER SONNTAG ABEND: ZIEHUNG DER INFO-ARTIKEL

DAS SOLL ANDERS WERDEN !

REDAKTIONELLES!

Wir (die das heutige INFO machen) wollen in diesem Beitrag versuchen, die in den letzten Wochen geführten Diskussionen über das INFO und über das Mittwochsplenum (MP),

Wir (d.h. die Genossen, die diese INFO-Nummer machen) wollen in diesem Beitrag versuchen, die Diskussionen, die in den letzten Wochen über das INFO wie auch über das Mittwochsplenum geführt wurden, in einigen Punkten darzustellen. Diese Diskussionen wurden bisher vor allem innerhalb des Redaktionskollektivs (mit dem Schwerpunkt: INFO) und in zwei Gruppen, die sich aus dem Mittwochsplenum heraus gebildet haben (die sich mehr mit dem MP beschäftigten) geführt.

WER MACHT DAS INFO ?

Es bestehen offensichtlich bei manchen Genossinnen und Genossen noch immer falsche Vorstellungen darüber, wer eigentlich das INFO macht und wer bestimmt, welchen Inhalt es hat. Aus dem Mittwochsplenum heraus hat sich etwa vor einem halben Jahr ein 'harter Kern' herausgebildet, der das INFO "macht". Wir sind so etwa 10 Genossen und eine Genossin und werden immer wieder sporadisch durch Genossinnen und Genossen unterstützt, die halt nicht regelmäßig mitarbeiten können (oder z.T. wollen).
Obgleich die meisten von uns in anderen Bereichen (Stadtteil-, Jugend-, Unigruppen usw.) arbeiten und dort auch den Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit sehen, halten wir das INFO-machen für eine wichtige Aufgabe, die wir zusätzlich zu machen für notwendig erachten. Wir sind also keine 'hauptamtlichen' Zeitungsmacher und auch keine Delegierten unserer jeweiligen Gruppen.

Die INFO-Redaktion tagt.

WER BESTIMMT DEN INHALT DES INFOS ?

Das Redaktionskollektiv war ein Jahr lang das "technische Vollzugsorgan" der undogmatischen Gruppen. Unsere Aufgabe bestand darin, die von den Gruppen und Individuen zugeschickten Berichte, Analysen und Leserbriefe zu einer Zeitung zusammenzustellen, ein Titelblatt zu machen usw.
Wir als Redaktion haben, abgesehen von den Kassenberichten, nie einen Beitrag verfasst - wenngleich einzelne von uns schon mal einen Artikel geschrieben haben und dies auch weiterhin tun werden. Diese Beiträge sind aber halt keine Artikel der Redaktion und haben auch nie diesen Anspruch gehabt.

Nun sind in letzter Zeit bei der Redaktionsarbeit Probleme aufgetaucht, die wahrscheinlich weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen werden.
Vor allem die Gefangenenbefreiung durch die Bewegung 2. Juni hat dazu geführt, daß die INFO - Redaktion durch eine Flut von Artikeln zum allgemeinen Problem des bewaffneten Kampfes und zu dieser speziellen Aktion überschwemmt wurde. Das INFO war infolgedessen voll von "2.Juni-Artikeln". Dies führte innerhalb der Redaktion bei vielen Genossen zu einem mächtigen Frust - diese Genossen lehnen eine solche Strategie auch prinzipiell ab. Eine Minderheit meint dagegen, daß dadurch sehr deutlich wurde, daß das INFO unter vielen anderen auch die Funktion hat, Forum der Diskussion über Bedingungen, Möglichkeiten und Grenzen des bewaffneten Kampfes zu sein.
Das INFO ist so ziemlich die einzige Zeitung, in der es möglich ist, daß verschiedene Meinungen dazu veröffentlicht werden können. Während in anderen Zeitungen und auf etlichen Flugblättern zu der Lorenz-Entführung nur platte Distanzierungen oder bejubelnde Zustimmung zu lesen waren, gab es im INFO die Chance, differenzierende, auf die Widersprüche eingehende Artikel zu publizieren. Doch waren Beiträge mit solchem Anspruch auch bei uns selten. So standen wir vor der Frage, ob wir die zahlreich zugeschickten "Ballermann"-Artikel (also solche, die die Aktion nicht problematisierten, sondern nur euphorisch feierten) veröffentlichen sollten.

"ZENSUR" IM INFO

Wie schon in früheren INFO'S zu lesen war, hat und die Tatsache, daß wir allgemein mehr Beiträge vorbeigebracht oder zugeschickt bekommen, als wir (vor allem aus finanziellen Gründen) in's INFO reinbringen können, veranlaßt, eine Redaktionssitzung zu organisieren. Diese hat zwei Funktionen zu erfüllen: zum einen wollen wir, die das INFO machen, wissen, was für Artikel vorliegen (bei den ersten 40 Nummern hat die Redaktion aufgrund der Hektik und des Arbeitspensums bei den sonntäglichen Redaktionsterminen auch erst am Montagabend beim INFO-Legen nachlesen können, was wir da wieder zusammengebastelt haben).
Es werden also die vorliegenden Artikel vorgestellt und inhaltlich (an-) diskutiert. Das Ergebnis dieser Diskussion hilft uns dann bei der Entscheidung, welche Beiträge in's INFO 'reinkommen', zurückgestellt werden oder überhaupt nicht erscheinen. Es blieb natürlich nicht aus, daß sich aufgrund dieser Entscheidungen Reibereien zwischen den Redaktionsmitgliedern ergaben. Die Auseinandersetzungen darüber haben eine solche Dimension angenommen, daß das INFO selbst von einigen von uns infrage gestellt wurde.

Da es aber nicht nur unser Problem sein kann, ob, und wenn ja, in welcher Form das INFO fortbestehen soll, halten wir es für notwendig, daß die Gruppen und einzelnen Leser ihre Meinungen, Vorstellungen und ihre Kritik am INFO öffentlich machen. Es kann dies in Form von Leserbriefen geschehen - eine andere Möglichkeit wäre eine Diskussionsveranstaltung, an der alle am INFO interessierten Genossinnen und Genossen teilnehmen könnten. Schreibt mal, was ihr davon haltet und warum ihr immer wieder das INFO kauft!

ZUM MITTWOCHSPLENUM UND DARÜBERHINAUS

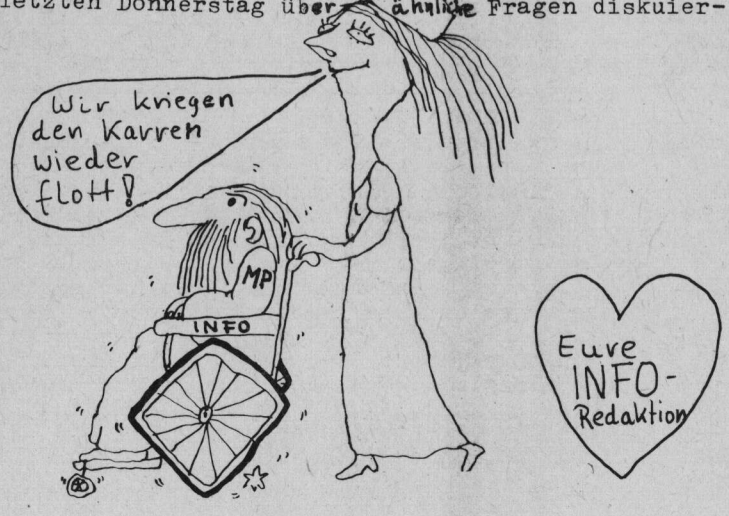
Das Mittwochsplenum ist auf der Suche nach der verlorenen Praxis. Darüber ist schon in

den letzten Nummern einiges geschrieben worden. Wir wollen hier auch nicht mehr das alte Lamentieren aufwärmen,sondern von den Ansätzen, das MP inhaltlich neu zu bestimmen und zu füllen berichten.Im Anschluß an das letzte Plenum hat sich eine Gruppe von ca. 20 Genossinnen und Genossen zusammengesetzt,um Lösungsmöglichkeiten der offensichtlich gewordenen Probleme zu diskutieren.Eine Genossin machte zu Beginn des Gesprächs auf die Notwendigkeit aufmerksam, über unser eigenes Verhalten,über unsere Formen der Auseinandersetzung zu sprechen.Gerade auch das letzte Mittwochsplenum hat gezeigt, wie sehr unsere Diskussionen darunter leiden, daß wir offenbar immer noch nicht fähig sind, solidarisch auf den anderen einzugehen.Es ist einfach erschreckend zu sehen,wie stark unsere Diskussionsstrukturen von Brutalität bestimmt werden.Dies zu ändern ist die Basis auch für jeden Versuch,aus der momentanen Lage herauszukommen.Es ist naiv,anzunehmen,daß es reicht, sich um neue Themen herum zu organisieren und damit schon eine neue Qualität unserer Arbeit zu erreichen.Die Basis unserer Veränderung sind wir selbst.

In der Diskussion zeichnete sich als Perspektive ab,daß das Mittwochsplenum sich in Gruppen unterteilt,die jeweils an verschiedenen Themen arbeiten und dann ihre Arbeitserfahrungen und Ergebnisse wieder ins Plenum zurücktragen.(- An dieser Stelle wechselt der Schreiber -) In dem letzten Satz spiegelt sich ein Mißverständnis wi der. Diejenigen, die die Gruppe im Anschluß an das MP in Gang brachten, meinten mit ihren Vorschlägen nicht so sehr das MP, sondern wollten ausdrücken, daß eine Gruppe außerhalb des MP notwendig ist, die aber das MP auch vorstrukturieren könne. In dieser Gruppe, die sich einmal wöchentlich trifft, sollten politische Diskussionen auch über die aktuellen Berliner Ereignisse hinaus möglich sein(z.B. Portugal,Vietnam,Griechenland, aber auch weiter 'Räte', 'Reproduktionsbereich oder anderes). Vielleicht könnten sich zunächst Einzelne mit bestimmten Themen gründlicher beschäftigen ,Diskussionen in dieser Gruppe vorbereiten, aber auch durch genauere Kenntnis eines Problems verständliche Artikel fürs INFO schreiben.

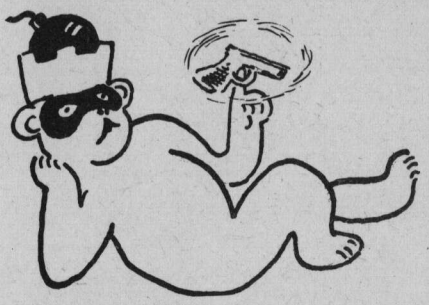
Einige vermuteten, daß diese Gruppe vorhabe, einen Organisationskern zubilden. Das ist nicht auszuschließen, aber zunächst will diese Initiative den ohnehin bestehenden informellen 'harten Kern' des MP erweitern und eventuell auch außerhalb des MP stabilisieren.

Die Diskussion wird am Donnerstag,den 1o.4.75 um 2o Uhr im SZ fortgesetzt. Spontan hatte sich noch eine andere Gruppe aus dem MP gebildet, die schon am letzten Donnerstag über ähnliche Fragen diskuierte.



KNAST

letzte woche fuhr ich nach westdeutschlar um einen freund der im knast wegen einer giftsache sitzt zu besuchen. beim haftr ter angekommen mußte ich erstmal 3 stur warten, da es für etwa 1oo knackies nur haftrichter gibt. als ich dann endlich dran war, meinte der typ: ich kann ihne keine besuchsgenehmigung geben, da die fahr besteht den gefangenen total zu ver wirren. außerdem sei der gefangene schon fast 2 monate in haft und hätte immer noc keine aussage gemacht. deshalb dürfe ihn nur seine mutter besuchen, weil sie ihn zur vernunft bringen würde. auf meinen einwand hin, er solle diese verwirrungsgeschichten mal konkretisieren, denn für eine so einschneidende isolationsmaßnahme wie besuchsbeschränkung sei mir dies zu diffus. und im übrigen sei mir bekannt, daß mein freund mit seiner mutter den größten krach habe. daraufhin der richtertyp: von mir bekommer sie keine besuchserlaubnis. und seien sie vorsichtig mit isolation, berlin und so. ich weiß bescheid aus welcher ecke das kommt. dazu kommt noch: es besteht erhel liche verdunkelungsgefahr (der haftbefeh ist auf fluchtgefahr ausgestellt!). auf ne forderung hin, mir dies schriftlich zu geben, meinte das pig, erst müßte ich for antrag stellen. ich habe nun diesen antrag gestellt und nach 2 wochen immer noch keinen bescheid. doch nicht nur ich - sondern noch ca 2o leute haben antrag gestellt. die strategie der justiz ist klar: erstmal ausnahmebestimmung bei genossen (besuche nur von den nächsten verwndten!) dann gleich gültiges gesetz für jeden knacki, gesetz für jeden! gegen solche praktiken der justiz kann ich einzelner nichts machen. deshalb ist es notwendig, daß sich leute die ähnliche erfahrungen gemacht haben oder machen, sich mit dem häftlingskollektiv in verbindung setzen gemeinsam können wir uns wehren!
häftlingskollektiv 1/21 stephanstrasse 60
c/o soz. zentrum



Noch 55 Tage bis zum 2.6. 75

Anmerkung
"Leute,die sich das INFO nur kaufen, u... die Rechtschreibfehler zu zählen, werd... darauf hingewiesen, daß wir nur Linksschreibfehler machen; Leute, die Linksschreibfehler suchen, weisen wir darauf hin, daß es nur Rechtschreibfehler gibt. Leute die Trennungsfehler suchen weisen wir darauf hin, daß wir uns nicht auseinanderdividieren lassen." Die Redaktion.

BERICHT VOM OSTERMARSCH

Presseerklärung

In diesem Jahr fand der traditionelle Ostermarsch mit internationaler Beteiligung in Wyhl statt. Er war als Protest ganz besonders gegen die sogenannte friedliche Nutzung der Kernenrgie von den 31 badisch-elsässischen Bürgerinitiativen organisiert worden. An dem Sternmarsch von zwei benachbarten Orten in Richtung Wyhl nahmen ca. 1o ooo bis 15 ooo Personen hauptsächlich aus der Bundesrepublik, Berlin(West), der Schweiz, Frankreich, Österreich und den Beneluxländern teil.
Inder Nähe von Wyhl wird seit 5 Wochen der Bauplatz des geplanten größten Kernkraftwerkes der Welt von der Bevölkerung besetzt gehalten. Inmitten des als Wein-Paradies bekannten Gebietes am Kaiserstuhl soll ein zweites Ruhrgebiet auf beiden Seiten des Rheines entstehen. Bisher ist das von der badisch-elsässischen Bevölkerung mit allen zur Verfügung stehenden gewaltfreien Mitteln verhindert worden. Die 6-monatige Besetzung in Markolsheim auf der französischen Seite hat zum Erfolg, also zur Verhinderung des Baues eines Bleiwerkes geführt. Der Gerichtsentscheid aus Freiburg hat erst einmal auch den Bau des Kernkraftwerkes in Wyhl verschoben. Trotzdem war dieser Ostermarsch keine Siegesfeier, sondern verlief in sehr ruhiger Atmosphäre . Den Anwesenden war durchaus bewußt, daß die Platzbesetzung in Wyhl erst der Anfang der immer härter werdenden Auseinandersetzung zwischen den Interessen der Atonindustrie und der betroffenen Bevölkerung ist. Dies kam auch in den Reden zum Ausdruck, die auf der anschließenden zwei-stündigen Kundgebung am Rhein neben den besetzten Platz gehalten wurden. Es sprachen Vertreter der verschiedensten Bürgerinitiativen aus der BRD, Frankreich, der Schweiz, Österreich und Luxemburg, sowie der 1.Vorsitzende des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz, Helmuth Wüstenhagen. Es wurde eine Grußbotschaft von Sico Mansholt von der Europäischen Gemeinschaft verlesen.
Besondere Aufmerksamkeit fand der Beitrag der gewaltfreien Aktion Kaiserstuhl augst, in der die Platzbesetzung des Kernkraftwerkgeländes in Kaiseraugst für Dienstag, den 1.April angekündigt wurde.

Freiburg, den 31.März 1975

Bernd Schlagk , 1 Berlin 61, Urbanstr.51
Tel. o3o/ 691 151o
Bürgerinitiative Westtangente e.V.

kommen wäre (Lenin : über emanzipation reden wir nach der revolution) hätte das nicht verwundert. Die undogmatische linke zeichnet sich jedoch gerade dadurch aus, daß sie neue, emanzipative lebensformen hier und heute entwickeln will und zur diskussion stellt.
Für den genossen ist das INFO deshalb undogmatisch, "weil es texte von bewaffneten gruppen abdruckt". Der gleichung bewaffnet = undogmatisch können wir jedoch nicht zustimmen. Dogmatische politik zeichnet sich u.a. dadurch ab, daß sie an kampfformrn festhält, die unter anderen historischen und sozio-ökonomischen bedingungen zum erfolg geführt haben. Es ist z.b. zu fragen ob dieses vorgehen nicht auch auf bewaffnete gruppen zutreffen kann, etwa die RAF die mit den mitteln der tupamaos (lateinamerika) in den metropolen der hochindustrialisierten BRD kämpfen will.

Schlauch
ab 20°° Uhr

Zwiebelkuchen
diverse Suppen
Salate

Pils o,4 1,5o
Alt 6,4 1,5o
Saurer Paul
verschied. Weine

Rathenower Straße 5 (Ecke Alt-Moabit)
Fahrverbindungen: Bus 9o, 86, 7o, 24, 16
und 16 Nachtbus

ZUR INFO-ZENSURDISKUSSION

Im letzten INFO hatten wir dazu aufgerufen, stellung zur inhaltsauswahl des INFO-BUGs zu beziehen.
1 (in worten :ein) genosse hat sich angesprochen gefühlt. Er hat vorgeschlagen, artikel zu streichen, die sich mit der emanzipationsproblematik und wie er meint "psychologen-kotze" beschäftigen. Vor allem solche artikel wie der über das kommune-projekt möchte der genosse gestrichen sehen, denn dies sei "übelsten ininterlektuellen psychologen-sti l" wie hier von einer "extrem kapitalistisch-dekadenten kommune" geschwärmt wird. (in diesem stil war der ganze artikel - daher kein abdruck).
Gewundert hätte ich mich nicht wenn ein solcher vorschlag von einem Lenin/Stalin -fan ge-

Genossinnen! Genossen!
Das Weißbecker-Haus braucht unsere solidarische, tatkräftige Unterstützung. Für die laufende Renovierung und Istandsetzung fehlt es an allen Ecken und Enden an Material und Werkzeug. Spendet Massenhaft! Das Wichtigste sind zur Zeit Farben,Lacke aller Art, Pinsel,Rollen, Holz und entsprechendes Werkzeug dafür. Die Leute im Haus sind auf unser aller solidarisches Verhalten angewiesen, Wenn jetzt nicht massiv geholfen wird, steht das Haus in einigen Monaten leer. Also ruft an im T-W-Haus oder in der Stephanstr. und fragt wie und wann ihr helfen könnt.

EIN BLICK HINTER DIE KULISSEN DER LINKEN SZEN

DIE "SPONTIS" VON DER STEPHANSTRASSE

Zerstrittenheit dominiert ★ Auch Sympathisanten des „2. Juni" äußern sich

● Das Haus Stephanstraße 60 in Moabit hat seinem Aussehen nach schon die Jahrhundertwende erlebt. Dunkle, muffige Hausflure, steile, ausgetretene Stiegen, die Farbe an den Wänden der Toreinfahrt blättert ab. Nur eine verwinkelte Ecke des schattigen Hinterhofes paßt nicht in das Gesamtbild: Eine Mauer wurde zur Malwand „umfunktioniert" — ein bunter Fleck inmitten von Tristesse. Ein kleiner Buddelkasten, in den Asphalt eingelassen, zeugt von der Mühe, die Umgebung für Kinder angenehmer zu gestalten.

● Das Schild mit der roten Aufschrift über der ehemaligen Garagentür weist aus, wer in dem ausgedienten Fabrikgebäude sein Domizil aufgeschlagen hat: Die „Rote Hilfe" ist eine der linksgerichteten Gruppen, die sich hier im „Sozialistischen Zentrum" regelmäßig treffen.

In den letzten Tagen und Wochen hat es ebenso wie in der „bürgerlichen" Öffentlichkeit über die Entführung des CDU-Landesvorsitzenden Peter Lorenz durch die „Bewegung 2. Juni" heftige und nicht nur theoretische Auseinandersetzungen gegeben. Das war Anlaß für uns, ein wenig einen Blick hinter die Kulissen zu tun:

In der Stephanstraße ist es abend, kurz vor 20 Uhr. Langsam füllt sich ein zu ebener Erde gelegener Raum mit jungen Leuten. Das Mittwochs-Plenum der „undogmatischen Gruppen Berlins" steht an.

Sind sie Spinner?

Nur wenig ist über diesen „Verein" bekannt. Ungern geben Insider Auskunft über die „Spontaneisten", wie sie auch genannt werden. Mit wissendem Blick und vorgehaltener Hand wird getuschelt: „Da sind auch die Anarcho-Gruppen bei." Andere wieder sehen in den „Spontis" harmlose Leute, für Dritte sind sie nur „Spinner". Niemand kennt ihre genaue Zahl. Über die politische Richtung sind sie — glaubt man einer Broschüre — selbst nicht einig. Einige „Sponti-Gruppen": „Rote Hilfe Stephanstraße", „Häftlingskollektiv" und das „Komitee gegen Folter".

„Warum soll ich Ihnen etwas über sie erzählen?", fragt ein Mitglied der Roten Hilfe. Später kommt der wahre Grund zutage: „Wir wollen nicht, daß rechte Kreise durch einen Zeitungsartikel unnötig Einblick gewinnen."

Fast überall versteht man sich als „marxistische Gruppe". „Wir betreuen unter anderem Häftlinge und arbeiten in Kindergärten ... Wir sind überall drin, bloß nicht bei der Polizei und beim Verfassungsschutz", berichtet ein bärtiger junger Mann geheimnisvoll, der „eigentlich darauf bestehen muß, daß in diesem Zusammenhang kein Name genannt wird".

Die Atmosphäre beim „Mittwochs-Plenum" in der großen untapezierten Halle ist wenig gemütlich. In einer Ecke steht ein ausgedienter Flipper-Apparat. Außer einer roten Nelke hängt nur noch die Hausordnung an der Wand: „Alkohol und Shit haben hier im Grunde nichts zu suchen, Besoffene auch nicht."

Die Diskussionsrunde faßt ein heißes Eisen an. In der letzten Nummer des „Infos", der Zeitung der undogmatischen Gruppen, ist ein Beitrag nicht abgedruckt worden, weil er bei den Info-Machern, „sehr umstritten" war.

Mitteilung Nr. 6

Beim Verlesen des Textes wird der Grund klar. Eine Gruppe, „Die Sympathisanten" genannt, nimmt in einer „Mitteilung Nr. 6" eindeutig für die Lorenz-Entführung Stellung.

Etwa so wird frohlockt: „Die Bullen hätten sich bloß den Film ‚Der unsichtbare Aufstand' anzugucken brauchen. Die haben es genauso gemacht wie der 2. 6."

Nach langer Debatte wird entschieden, daß der Artikel als Leserbrief in der nächsten Nummer veröffentlicht wird. „Wollen wir darüber abstimmen, wir haben aber noch nie abgestimmt", meint einer der Wortführer. Sofort muß er sich korrigieren: „Doch, als wir die K-Gruppen rausgeschmissen haben." (K-Gruppen ist Jargon der „undogmatischen Gruppen"). Mit ihnen sind die kommunistischen Verbindungen gemeint, die in der Stadt ansässig sind: KPD, KBW, SEW, sowie die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxismus-Leninismus, der Kommunistische Bund Nord, die trotzkistischen Gruppen, Spartakus und die „Gruppe internationaler Marxisten". Zwei andere rivalisierende „Rote Hilfen" sind weiter im Kreuzfeuer der Kritik. Zu allen diesen Gruppierungen steht die Stephanstraße in ideologischer Feindschaft.

● Noch bevor man sich entschließt den umstrittenen Artikel ins Blatt zu nehmen, soll auch „inhaltlich" über das Papier diskutiert werden. Das habe nur Zweck, wenn die Autoren anwesend seien, meint jemand.

Kidnapping-Anhänger

Ein in eine schwarze Lederjacke gekleidetes Mitglied des Häftlings-Kollektivs kommt in Rage: „Mensch, die Genossen können doch nicht herkommen, wo hier vielleicht fünf Bullen sitzen." Ein Mädchen versteht die ganze Angelegenheit überhaupt nicht: „Wenn wir die Mitteilung des 2. Juni ohne Kommentar abgedruckt haben, warum diskutieren wir jetzt über diesen Artikel?"

Sie hat recht: In den letzten Info-Ausgaben haben neben Gruppen, die eindeutig die Entführung ablehnen, auch Kidnapping-Anhänger das Wort genommen:

„Wir bezeugen hiermit unsere uneingeschränkte Solidarität mit dem 2. Juni, der das Schwein Lorenz entführte. Die Entführung muß als exemplarische Aktion der Metropol-Guerilla begriffen werden."

Dieser Beitrag der „bewaffneten revolutionären linken" Gruppe Schwarze Front — bekommt allerdings in der nächsten Ausgabe heftigen Widerspruch. „Revolutionskarikaturen" heißt es in einem Gegenartikel, der einige Seiten hinter einer Erklärung der „revolutionären Zelle" steht, die für den Anschlag auf das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe verantwortlich zeichnet.

▶ Weiterer Tagesordnungspunkt ist das „Teach-in" im Auditorium maximum der TU, bei dem es — wie der ABEND berichtete — zu Schlägereien kam. „Wir wollen mal wissen, wer die Prügelei angefangen hat", wird gefragt. Der Blick richtet sich auf die Lederjacken-Mitglieder des Häftlings-Kollektivs, die vernehmlich rülpsend in einer Ecke stehen.

Die Zerstrittenheit der Linken in der TU kommt nicht nur „handfest" zum Ausdruck: Schon vorher wird die Stimmung angeheizt. Beim Absingen des Liedes: „An einem schönen Donnerstag, es hatte gerade getaut, da wurde Peter Lorenz aus Zehlendorf geklaut" gibt es neben Gelächter heftige Mißfallens-Kundgebungen der Kommunisten. Sie haben sich zuvor schon offiziell in ihren Zeitungen in langen theoretischen Abhandlungen von der Terroraktion distanziert.

Aufklärung für 50 Pfennig

Tenor: Man sei zwar für revolutionäre Gewalt, lehne aber „individuellen Terror als Mittel zum Sturz des Kapitals" ab.

▶ Die Uneinigkeit der linken Szenerie kann folglich kaum noch deutlicher demonstriert werden. Die Absicht, hier einen auch nur halbwegs präzisen Überblick zu gewinnen, ist ein mehr als kompliziertes Unterfangen.

Fahndungs-Unterricht

● Die andere Seite scheint da zumindest auf Teilgebieten erfolgreicher zu sein. So veröffentlicht die „Rote Hilfe Stephanstraße" eine ausführliche Broschüre über Fahndungsmethoden der Polizei und des Verfassungsschutzes. Es wird deutlich geschildert, wie „Ob-

DAS „LORENZ-LIED" wurde schon eine Woche vor der Verbreitung durch die „Bewegung 2. Juni" im „Info" abgedruckt.

- aus Tagesspiegel 5.4.75

Liedes zuerst in einem periodischen Blatt linksgerichteter Gruppen mit dem Titel „Info" abgedruckt, das von sogenannten „Berliner undogmatischen Gruppen" herausgegeben wird. Diese Gruppen tagen u. a. im „Sozialistischen Zentrum" in der Stephanstraße im Bezirk Tiergarten. Ganschow warnte vor der Annahme, daß dieses Lied unbedingt von den Entführern stammen müsse. (dpa)

„Lorenz-Lied" schon früher bekannt

Das Spottlied der Entführer von Peter Lorenz auf die Polizei ist schon etwa eine Woche vor dem Auftauchen der ersten Flugblätter mit dem Titel „Die Entführung aus unserer Sicht" in einem Berliner Untergrundblatt veröffentlicht worden. Wie der Leiter der Sonderkommission des polizeilichen Staatsschutzes, Manfred Ganschow, gestern auf Anfrage mitteilte, wurden Text und Noten des

E BERLINS

servationen" durchgeführt werden. Die Autoren des Heftes, das für 50 Pfennig in einschlägigen Buchläden verkauft wird, servieren Informationen über von der Polizei benutzte Fahrzeugtypen, Funkgeräte, Waffen und die Zahl der abkommandierten Kräfte.

Darüber hinaus werden den von der politischen Polizei beobachteten Genossen Tips gegeben, wie sie sich Verfolgern entziehen können: „Bei Fußgängern ermöglichen gelegentliche Richtungswechsel, U-Bahn-Fahrten mit Richtungswechsel dann, wenn man die notwendigen Reaktionen der vermeintlichen Observanten voraussehen kann, eine Aufdeckung."

Die Verfasser schränken allerdings die Möglichkeiten des Erfolgs ein: „Die Zeiten, in denen man beobachtende Polizisten riechen konnte, dürften vorüber sein. Sie zu entlarven, bedarf der genauen Kenntnis der von ihnen angewandten Methodik."

Große Sprüche

■ Abschließend wird versprochen, man werde auch in Zukunft „auf diesem Gebiet kontinuierlich weiterarbeiten und fortlaufend die Erkenntnisse veröffentlichen." Es bleibt dahingestellt, ob diese Ankündigung nur der „Verunsicherung" des Gegners dienen soll oder ob es tatsächlich so leicht ist, polizeiliche Taktik und Methoden zu durchschauen.

ANDREAS LORENZ

Aus: Der Abend Berlin vom 4.4.75

Häftlingskollektiv Berlin 4.4.75
c/o Sozialistisches Zentrum
I Berlin 21
Stephanstrasse 60
An den Verlag
" Der Abend"
I Berlin 30
Potsdamerstrasse 87
Gemäß § 10 des Berliner Pressegesetzes bitten wir um Veröffentlichung der folgenden Gegendarstellung, und zwar spätestens bis zum 9. April 1975:

Gegendarstellung

In der Ausgabe des "Abend" vom 4.April 75 wurde auf Seite 3 unter der Überschrift "Die Spontis von der Stephanstraße" behauptet: "Ein in eine schwarze Lederjacke gekleidetes Mitglied des Häftlingskollektivs kommt in Rage: "Mensch, die Genossen können doch nicht herkommen wo hier vielleicht 5 Bullen sitzen"", wobei sich diese Äußerung auf Sympathisanten der Bewegung 2. Juni bezog.
Diese Behauptung ist unrichtig.
Richtig ist vielmehr, daß der in eine schwarze Lederjacke gekleidete Mann, dem die wiedergegebene Äußerung zugeschrieben wird, nicht Mitglied des Häftlingskollektivs ist.

Ermittlungen gegen eine Tote ~~§ 218~~

Eine ernste Groteske: die Akte Aleksandra Kollontaj und Helke Sander des Amtsgerichts Tiergarten

BERLIN. In der Bundesrepublik wird zur Zeit Aleksandra Kollontaj gesucht. Sie hält sich aber in Moskau auf und auch da, wenn man einmal so sagen darf, nur noch in Form von sterblichen Überresten: 1952 wurde Aleksandra Kollontaj an der Kremlmauer begraben.

Das allenfalls also könnten Berliner Staatsanwaltschaft und Polizei nach gründlichem Suchen bei anhaltender Ignoranz — in fernerer Zukunft — einmal ermitteln.

Aleksandra Kollontaj aber — so erlaubt sich die Berliner Staatsanwaltschaft vorerst zu vermuten —, russische Diplomatin und Schriftstellerin, 1872 in Petersburg geboren, zur sozialistischen Intelligenz zählend und unter dem Zaren reichlich im Gefängnis, Aleksandra Kollontaj nun habe am 15. Februar dieses Jahres die Aktion Paragraph 218 an der Berliner Gedächtniskirche initiiert, bei der letztere mittels roter Farbe beschädigt und die Filmerin Helke Sander festgenommen worden war. Helke Sander hatte, wie berichtet, die Aktion mitgedreht, das Filmmaterial war beschlagnahmt worden, als Begründung diente „Sicherung von Beweismaterial". Amtsgericht Tiergarten: „Es ist zu vermuten, daß auf den Filmen die Täter abgebildet sind. Die Filme können daher als Beweismaterial für die Identifizierung der Täter von Bedeutung sein."

Nun hat Aleksandra Kollontaj zwar immer vor allem für die sexuelle Freiheit der Frau gekämpft, aber auf dem immer noch beschlagnahmten Filmmaterial wird sie schwerlich zu entdecken sein. Zu sehen allerdings sind ihr Name und ihre Adresse auf dem Flugblatt der Aktion. Aleksandra Kollontaj wohnt, wie der Staatsanwaltschaft daraus klar ersichtlich wird: 1 Berlin 40, Frauenallee 1a. Sie ist zwar nie zu Hause, aber das Haus ist auch nie da. Obwohl jeder, der nicht gerade Analphabet oder blind ist, einem Berliner Stadtplan entnehmen kann, daß dort eine Frauenallee nicht existiert, und jedes mittelprächtige Lexikon die Lebensdaten der Aleksandra Kollontaj verzeichnet, gibt es einen Aktendeckel beim Gericht mit der Beschriftung: Ermittlungen gegen Aleksandra Kollontaj und Helke Sander.

Das Gericht hat in die Trickkiste gegriffen. Aus dem Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt, aus einem Fall von Zeugnisverweigerungsrecht wird durch schlichtes Ändern einer Aktenbeschriftung ein Fall von Mittäterschaft. Drei Wochen nach der Freilassung von Helke Sander soll jetzt, ohne daß andere Tatbestände eingetreten wären, gegen Kollontaj und Sander als Mittäter ermittelt werden. Warum?

Weil spätestens seit die Verteidiger Helke Sanders, Otto Schily und Alexander Kluge durch wohlüberlegte Schriftstücke ihre Beschwerde gegen die Beschlagnahme von Filmmaterial begründet hatten, dem Gericht klarer wurde, als ihm lieb sein könnte, daß ein Eingehen auf die Beschwerde bedeutet: der Fall Helke Sander wird zum Präzedenzfall, ein Präzedenzfall von Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten und Filmer. Und das hieße auch: nicht nur immens viel Arbeit, sondern vermutlich am Ende die Rücknahme des Beschlagnahmeverbots.

Die Argumentation, mit der das bedrängte Gericht versucht, sich einer Entscheidung über das grundsätzliche Problem von Zeugnisverweigerungsrecht zu entziehen, ist denn auch mehr als fragwürdig. Für die Mittäterschaft von Helke Sander sprechen feinsinnigen Aktenerklärungen zufolge drei Dinge. Erstens sei auf dem Flugblatt der Frauengruppe dasselbe (internationale) Zeichen der Frauenbewegung zu sehen, wie auf der von Helke Sander herausgegebenen Zeitschrift „Frau und Film". (Unter diesem Zeichen agieren Tausende von Frauen.) Zweitens hätte Helke Sander den Ort des Geschehens, die Gedächtniskirche, zum richtigen Zeitpunkt gefunden, obwohl Ort und Zeit auf dem Flugblatt nicht vermerkt gewesen seien. (Anruf genügte.) Und drittens seien ihr bei ihrer Festnahme mehrere Frauen widerrechtlich zu Hilfe gekommen. Die so beschuldigte Helke Sander ist also „Tatverdächtige", und, wie messerscharf die Akten schließen, so „kommt es auf Fragen des Zeugnisverweigerungsrechts nicht mehr an". Man meint den Seufzer der Erleichterung zu hören.

Sollte es bei einer Ermittlungssache bleiben, dann hätte sich das Gericht auf eine Weise aus der Affäre gezogen, die fatalere Folgen haben könnte, als es vielleicht den Anschein haben könnte. Wenn man einem Journalisten vorwirft, etwas ermittelt zu haben, in diesem Fall Helke Sander beispielsweise Ort und Zeit der Protestaktion, und das als Kontakt zu einem Vertrauensmann bezeichnet; wenn man daraufhin folgert, dieser Kontakt mache ihn zum Täter, dann kann praktisch jeder Journalist haftbar gemacht werden. Das hieße, überspitzt formuliert: ein Journalist hat ein Zeugnisverweigerungsrecht nur so lange, bis er Beweise im Hause hat.

CHRISTEL BUSCHMANN

Frankfurter Rundschau · Seite 11

Ver 5.4.75

RÜHRSELIGKEIT STATT AUFKLÄRUNG UND HILFE

Am samstag, zur bier- und hausschuhzeit (gleich nach der tagesschau!), beichtete Annemarie Renger ihr herzeleid . Die bislang spendenunwillige BRD-bevölkerung sollte ... angesichts der menschlichen tragödie in Vietnam nicht abseits stehen... dem leidgeprüften volk helfen (schneuz) ... auf dessen rücken einer der schrecklichsten kriege ... na und aufgerufen, die not zu lindern sind wir allemal. Zu derart seichtem humanitätsgedöns war natürlich keiner mehr berufen als die alibi-frau der bonner szene - unsere Annemarie. Während die USA die waffen einfliegen kümmert sich die bundesregierung um den transport der "flüchtlinge" und die "vertrauenswürdigen" deutschen hilfsorganisationen um die ausstattung der KZ-ähnlichen flüchtlingslager rund um Saigon mit decken, zelten und lebensmitteln.

Wo das geld wirklich hinfließt stellte der WDR III schon am 18.7.1973 im "Kritischen Tagebuch" fest:" Über das von der regierung Thieu beherrschte gebiet Südvietnams ist die totale hilfe hereingebrochen. Mehr als 70 ausländische und ebensoviele vietnamesische organisationen konkurrieren miteinander und oft stehen weniger die vietnamesischen bedürfnisse als vielmehr egoistische überlegungen im mittelpunkt. Größter geldgeber ist die regierung der Vereinigten Staaten, es folgen private, in erster linie kirchliche amerikanische hilfsorganisationen, dann solche aus Australien und Japan, und schließlich die Bundesregierung und deutsche hilfsinstitutionen.

Experten schätzen, daß in den letzten 5 jahren insgesamt rund 3 milliarden Dollar ins land (ausschließlich saigonner bereich) geflossen sind. Erreicht worden ist mit diesem geld bis heute wenig. Eine washingtoner untersuchungskommission schätzt, daß 80 bis 90 prozent der gelder versanden. Von den 25 millionen Dollar, die die Vereinigten Staaten alleine im letzten jahr für waisenkinder zur verfügung gestellt hat, kamen weniger als 5% bei den betroffenen an.

Oft genug muß die humanitäre hilfe nur den namen hergeben für getarnte militärische objekte. So z.b. die Konrad-Adenauer-Stiftung, die in Zentralvietnam über die gewerkschaft CVT ein sozialzentrum finanziert hat, das den bewaffneten schlägertruppen des regierungshörigen gewerkschaftspräsidenten Buu als nachschubbasis bei den kämpfen mit der nationalen befreiungsfront diente.

Aufgrund der reichlich fließenden gelder war es der keineswegs armen katholischen kirche Südvietnams möglich, allein in den letzten jahren mehr als 70 gotteshäuser zu bauen; nicht etwa kleine kapellen, sondern pompöse bauten, in denen die bevölkerung eines ganzen dorfes platz hat. Entwicklungspolitische aufgaben, für die ein großteil der gelder gedacht war, wurden vernachlässigt. Progressive gruppen, wie die Redemptoristen und einige arbeiterpriester , die eine gute sozialarbeit machen, werden als kommunisten verleumdet."

Wem so unter berufung auf humanitäre ideale geholfen wird liegt auf der hand. Daß das nicht ein nebenprodukt der für die bevölkerung bestimmten neutralen hilfe ist, wird spätestens daran deutlich, daß die einzige hilfsorganisation, die seit jahren projekte besonders in Nordvietnam und in den vom Vietcong kontrollierten gebieten betreut, beharrlich von den massenmedien ignoriert wird. So fehlte dann auch konsequenter weise das spendenkont der Hilfsaktion Vietnam e.v. auf dem abendlichen bildschirm.

Nachfolgend drucken wir einen spendenaufr der Hilfsaktion ab, die auch informations terial über die militärische und politisc lage (dia-serien, u.a. "der nachkriegs-kr mitteilungen, kalender etc. verschickt.

"Hilfe für Vietnam heißt: HILFE FÜR DAS VIETNAMESISCHE VOLK KEINEN PFENNIG FÜR DAS KORRUPTE SAIGONER REGIME; KEI CHANCE FÜR SAIGONER GESCHÄFTEMACHER!

Die Hilfsaktion Vietnam e.V. in Düsseldorf leistet konkrete Hilfe für das vietnamesische volk. Unsere projekte sind die projekte der Vietnamesen ! Unsere hilfe geht an das Rote Kreuz der Demokratischen Republik Vietnam, an das Rote Kreuz der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams und an die verfolgten oppositionellen buddhisten im saigoner bereich.

Wir helfen nicht erst seit dem waffenstill standsabkommen vom januar 1973. Seit 1965 wird unsere arbeit von vielen tausend bür von kirchengemeinden und organisationen i Bundesrepublik unterstützt.

Und wir helfen weiter - und zwar dort, wo heute keine offizielle bundesdeutsche hilf hingegangen ist.

Wir wollen die solidarität mit dem vietnamesischen volk durch weitere unterstützung noch verstärken.

Spenden Sie auf unser konto - Ihre spende wird sinnvoll verwendet."

Hilfsaktion Vietnam e.V., 4 Düsseldorf, Bilkerstr.35

Postscheckamt Essen, konto 90040-430

Spenden an die Hilfsaktion Vietnam e.V. sind steuerbegünstigt.

genossen, denkt daran: wenn ihr in die ddr (einreise) bzw. durch die ddr in ein anderes ostblockland fahrt - ja keine linke literatur mitnehmen. am besten überhaupt nichts geschriebenens. da sind die an der grenze nämlich wahnsinnig geil drauf. als ich kürzlich nach polen fuhr, haben die ddr-ärsche in drewitz mit zynischen bemerkungen mein liebes gum-heft sowie das kurs buch 23(übergänge zum sozialismus) konfisziert, auf ddr-deutsch: in den reißwolf geschmissen. sogar der gar nicht rechte bernt engelmann (wir untertanen) hätte beinahe dran glauben müssen, als ich die konfiszierungen mit den bücherverbrennungen im dritten reich verglich. merkwürdigerweise war an der grenze ddr-polen weiter nichts, obwohl dort ja eigentlich mehr anlaß gewesen wäre. war das mal wieder alles typisch deutsch?

b.z.

"REALER SOZIALISMUS"

B. Sarel ARBEITER GEGEN DEN "KOMMUNISMUS"
Die geschichte des proletarischen widerstands in der ostzone und DDR (1945 - 1958)

Die zugänglichen DDR-kritiken von "links" analysieren den sozialistischen staat mit der einseitigen vorliebe für die warenkategorien. (Neumenn, Freier). Auch wenn von einigen seiten das schema sozialismus =plan und kapitalismus = markt nicht so unbekümmert gehandhabt wird, sondern eine verhol'ene sympathie für die theoretiker des demokratischen sozialismus spürbar ist (Damus) - aus der abstrakt kategorialen beschränktheit kommt keiner heraus.
Weshalb in der DDR der kommunismus nicht aufgebaut werden konnte - ist das thema von Sarels buch. Dabei hat Sarel eine auffassung von proletarischen Widerstand, die man eigentlich nur einem zutrauen könnte, der sich mit den FIAT-kämpfen und Renautstreiks ende der 6oer jahre beschäftigt hat. Der arbeiterwiderstand beginnt mit dem kampf in den abteilungen gegen die kapitalistische organisation der produktion, gegen den Taylorismus, der seit beginn der sowjetischen besatzung bestimmendes moment im sozialistischen fabriksystem war. Kampf gegen die normen und für höhere löhne. Auf den baustellen der Stalinallee, in den großen chemiewerken, bei den maschinenbauern in Sachsen und den bergleuten in Schlesien überall entdeckt Sarel das grundübel an dem alle sozialistischen gesellschaften in osteuropa kranken - die große proletarische verweigerung, die unproduktivistische haltung der arbeiter, ihren kampf gegen die arbeit. Die vielfältigkeit der kampfformen reichen von konkreten aktionen gegen die vonder partei eingesetzten zeitnehmer, bis zu formen des bewaffneten aufstandes gegen den sozialistischen unternehmerstaat am 17.Juni 1953. Die untersuchung des 17.Juni ist besonders gelungen. Aus den aktiv vorgetragenen lohnforderungen und den kampfaktionen der Berliner bauarbeiter gegen die einführung neuer normen entwickelt er in überzeugender weise den revolutionären flächenbrand, der das system erschütterte.

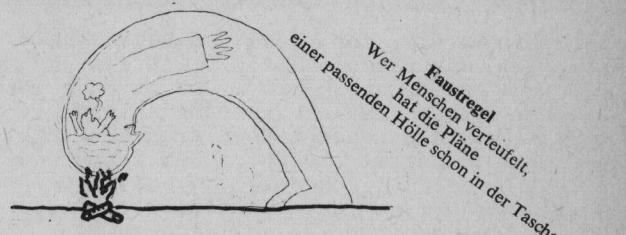
Das buch erscheint demnächst im TRIKONT-VERLAG
es hat über 2oo seiten und wird ca. 15,- dm kostem.

WER HAT LUST AN EINER GRUPPE MITZUARBEITEN DIE SICH MIT DEM "REALEN SOZIALISMUS" BESCHÄFTIGT?
ziel der gruppe soll nicht eine reine wissensakkumulation sein - ergebnisse sollen veröffentlicht werden - es wird zu überlegen sein ob man den 17. Juni 75 zu einer breiten diskussion über die DDR nutzt.
ALSO : BEI INTERESSE KARTE ANS INFO-BUG oder ANRUFEN ZU REDAKTIONSZEITEN

MITTEILUNG, VERBINDUNG, VERKEHR !!

Das ist die offizielle Bedeutung des Wortes "Kommunikation", auf das ich im Folgenden näher eingehen will, insbesondere auf die Form, die sich z.Zt.im Info(selbst da!!) immer stärker zu verbreiten scheint.
Im Info 48 schreiben z.B.Frauen aus dem Häftlingskollektiv: "Im Laufe der Diskussion war es uns unmöglich noch weiter auf so ein unsolidarisches Gewäsch einzugehen. Wir fragen deshalb dazu: Ist dieser Artikel von Kommunistinnen geschrieben worden oder von bürgerlichen Votzen in Omaklamotten!"
Im Info 5o schrieben 3Genossen(LM, Sak-Jur., Verteidigungskomitee): "...Entweder bist du ein Dummkopf oder ein ganz großer Zyniker."

Ich möchte hier nicht auf die Artikel selber und oder den Zusammenhang dieser, eingehen, sondern nur auf die FORM, die ja bekanntlich in einem dialektischem Verhältnis zum Inhalt steht.



Die Frage stellt sich, ob diese Anschuldigungen, Denunziationen überhaupt noch etwas mit Kommunikation, ich meine "Kommunikation unter Linken" zu tun hat oder ob hier nicht, im sprachlichen Gewand verkleidet, Unterdrückungsmechanismen reproduziert werden, denen wir alltäglich in allen Bereichen unseres "bürgerlichen Lebens" begegnen. Die Diffamierung des Gegner und in Spontizeitungen Andersdenkenden bzw Anders-Empfunden-Habenden (ich hoffe doch, daß die Empfindungen uns eine ziemlich starke Rolle spielen) hat und hatte von je her in der bürgerlichen Gesellschaft, System. Dieses Sprach-Muster, den Andersdenkenden (Feind) zu diffamieren und Hintergrund dessen dann seine Argumentation aufzubauen, heißt doch nichts anderes, als daß man eine solche Form wählt bzw wählen muß um seine Argumentation zu rechtfertigen oder überhaupt erst zu legitimieren. Dieses Muster diskriminiert aber von vornherein jegliche Opposition und schützt nur die eigene Meinung. Hier "definiert u.verdammt die Sprache nicht nur den Andersdenkenden (Feind), sondern erzeugt ihn auch bzw projiziert Negativ--Bilder auf ihn u.dieses Erzeugnis, Projektion stellt nicht den Andersdenkenden dar, wie er wirklich ist, sondern wie er sein muß um die oben angesprochene Funktion zu erfüllen." Ein sehr treffendes Beispiel dafür ist die Buchbesprechung von Rudi's Buch in der UZ. Dort werden am Anfang so altbekannte Sprüche, wie "kleinbürgerlicher Intellektueller" u. "steht nicht auf dem Standpunkt der Arbeiterklasse" benutzt um später rechtfertigen zu können, was argumentativ nicht geschafft wird, nämlich daß es konterrevolutionär ist, sich mit den Oppositionellen in der russ. Revolution und danach zu beschäftigen.
Wenn wir als Spontis hier und heute damit anfangen wollen unsere Verkehrsformen (ein sehr, sehr beliebtes Wort) untereinander zu ändern, gehören selbstverständlich auch die Sprache (Sprach'Muster) dazu. Wir können nicht solche repressiven Mechanismen in unserer Kommunikation anwenden u.daneben dauernd unsere eigene desolate Situation bejammern. Solidarische Kommunikation verlangt eine neue Sensibilität, die sich gegen offene wie versteckte Unterdrückung (auch in der Sprache) wehrt, verlangt eine Umgestaltung der Sprache (Sprach-Muster). Jedem von euch wird doch sicher die formale Sprache von so manchem "K-Fritzen" bei Teach-ins bekannt sein, bei der man, ob man will oder nicht, einschläft. Andererseits sollten wir uns das Putte--Teach-in in Erinnerung rufen, bei dem die Genossen nicht in der üblichen Art u.Weise stundenlange Situationsberichte abgaben, sondern einfach eine Diskussion, wie sie in der Putte selber ablief durchführten u.somit meines Wissens zum erstenmal die traditionelle "sterile" Form durchbrochen wurde.

Für heute soll's mal wieder genügen, es grüsst euch Genosse Form u.Genossin Inhalt.

ONANIE

aus kieler fresse nr.3

die meisten von uns haben zwischen 12 und 15 angefangen, sich einen runterzuholen. einige onanieren aber auch gar nicht. das ist ganz normal, genauso wie onanieren ganz normal ist. da aber das onanieren oft viele probleme mit sich bringt, wollten wir uns darüber irgendwie klar werden.
meistens läuft das ja zu hause. wenn man kein eigenes zimmer hat, ist man ohnehin angeschissen. denn gegenüber dem eigenen bruder oder der eigenen schwester ist auch nicht alles klar. man behält so sachen meist für sich. bleibt die nacht, wo man hoffen muß, daß die (der) pennt oder man geht aufs klo.
sich auf dem klo einen runterholen ist echt abfuckend. man könnte sich sexualität wirklich schöner vorstellen, als auf dem klo, womöglich noch von mama gestört, die sich ohnehin wundert, was man da solange macht und gerade jetzt ganz dringend scheißen muß. wenn man ein eigenes zimmer hat, ist es schon besser.
aber üblicherweise kann man's ja nicht abschließen - oder: wenn man's täte, wär's ne echte familiensensation:
"was macht sie (er) denn da, was gibt's da zu verbergen? uns gegenüber braucht das kind doch keine gehimnisse zu haben!"
wenn die alten bummsen (wenn sie's überhaupt noch machen; meistens öden die sich ja doch nur an, hängen vorm fernseher und halten sich für's bumsen zu alt. außerdem ist bumsen oft was nicht ganz astreines für sie - irgendwie schweinig),
also, wenn die alten bumsen und früher gebumst haben, da haben sie sich ruhe verschafft. wenn man aber mal sein zimmer abschließen will, gibt's gleich große verwunderung. so was wie privatsphäre der kinder, die sie auf die welt gesetzt haben, gibt's für die meisten eben nicht.
also gut, dann halt nicht abgeschlossen und angefangen. - aber hinhören! -
kommt gerade jemand?? anklopfen tun die alten ja nicht. beim onanieren muß man ständig auf der hut sein, nicht erwischt zu werden. als würde man was klauen. immer die angst - man ist grad schön dabei, sieht hoch... da steht die mutter mit vorwurfsvollem gesicht (vielleicht sogar erschüttert oder gar mit tränen in den augen:" das mein kind sowas tut") schweigend, eght wieder raus..
oder - bei jungen - man liegt im bett, papiertaschentücher neben sich auf dem nacnttisch, damit's in der bettwäsche nur keine flecken gibt - die mutter könnte sonst ihre schlüsse daraus ziehen.

man kann sich also nicht in ruhe, von allen akzeptiert, einen runterholen, sondern muß sich im gegenteil immer vorsehen dabei.

weil man weiß, daß die eltern sowas für schlimm halten und die das einem schon von früh an vermittelt haben, daß nämlich sexuelles irgendwie schweinig ist (außer natürlich der reinen liebe und der ehe), weil man das ohnehin schon weiß, ist es meist gar nicht nötig gewesen, das sie einem speziell das onanieren verbieten.

schuldgefühle kriegt man auch so, und verbergen muß man's auch, weil's einem nicht ohne grund peinlich ist, wenn die's merken.

eigentlich ist man ja gar nicht unbedingt scharf auf's onanieren. man würde oft viel lieber mit einem jungen oder mädchen schlafen, den/die man kennt, würde viel lieber den/die anfassen, streicheln, gestreichelt werden, rumkuscheln und lauter schöne sachen machenn. aber irgendwie klappt's nicht, an den/die ranzukommen. andererseits kommt er/sie auch nicht mal auf die idee, von sich aus was zu unternehmen, damit was läuft.

WIESO EIGENTLICH NICHT ? ? ?

die eltern, das kino, fernsehen, illustrierte, lehrer usw., all das hat einen so kaputt gemacht, das man angst hat, sexuelle aktivitäten zu entwickeln.

wir steh'n derartig unter leistungsdruck, toll männlich bzw. weiblich zu sein, daß wir völlig verklemmt sind. jawohl!! wenn ein junge 'nem mädchen erzählt, er hätte noch nie gebumst, da findet sie ihn für sich zu unmännlich. sie selbst hat womöglich auch noch nie gebumst, da muß er angeben, was das zeug hält.

oder, wenn sie zu aktiv wird, hat er keine lust mehr, weil er sie erobern will. und solche blöden sachen gibt es noch viel mehr.
und wenn man einen freund/freundin hat, dann oft nicht hauptsächlich deshalb, weil man sich gern hat, sondern weil man angeben will. man hat 'nen tollen typen/ne tolle frau, da sehen die anderen mal, was man für 'ne tolle nummer ist. sonst läuft vielleicht nichts: kein sprechen über die eigenen probleme, vielleicht noch nicht mal anfassen, außer aus schau für andere.

mit anderen worten:
man holt sich einen runter, weil's einem sonst noch dreckiger geht, weil man sonst nicht zum erleben seiner sexualität käme. manche bekannte haben erzählt, daß sie ab 12 onaniert und erst mit 21 zum ersten mal gebumst haben. und das waren keine ausnahmen.
irgendwie ist das 'ne ganz schöne sauerei, daß man so verkorkst wird, so von repressionen bedroht ist, daß man - in diesem beispiel - 9 jahre auf dem schlauch steht, sich mit schuld gefühlen einen runterholt und nicht bumsen konnte.
und das onanieren nicht gesundheitsschädlich ist, darüber ist ja schon genug gesprochen worden, als daß man darüber viel quatschen müßte. sowas behaupten ja auch meist nur ultrarechte säcke innerhalb der kirche und verknöcherte lehrer.
das gegenteil sit aber kaum bekannt:
daß nämlich nachgewisen wurde, daß diejenigen, die in ihrer jugend nicht onaniert haben, sehr viel häufiger sexuelle schwierigkeiten haben, und das frauen, die nie onaniert haben, viel häufiger orgasmusgestört sind, als diejenigen, die schon früh onaniert haben.
es spricht also rein gar nichts gegen das onanieren. manche fangen damit schon mit 5 an, die meisten so zwischen 12 und 14.
viel spaß beim nächsten mal und macht's euch schön dabei.

NEUES VOM RECHTSTAAT

In diesen Tagen und Wochen gibt es kaum eine Gruppe oder Partei, die sich nicht mit dem Thema "Innere Sicherheit" intensiv beschäftigt. Es hat seinen guten Grund, denn neben den neuen Erfahrungen, die man anläßlich der polizeilichen Maßnahmen im Zuge der Lorenzentführung hier in Berlin machen konnte, haben die Herrschenden in Bonn vor kurzem eine Generaldebatte über ihre Sicherheit, d.h. die Unantastbarkeit sowie die Fortentwicklung ihres Herrschafts- und Unterdrückungsapparates inszeniert. Grundlage dieses Theaters der großen Phrasen waren Gesetzentwürfe, die im Anschluß an den Drenckmanntod und die militante Kudamm-Demo vom Bundesrat, der Ländervertretung in Bonn (also CDU-Mehrheit) und der Bundesregierung dem Parlament zur Beschlußfassung vorliegen. Wie gewohnt glauben die Ministerialbürokraten der Innenverwaltungen der steigenden politisch-motivierten Gewaltttätigkeit kleiner Gruppen aber auch aus Massendemonstrationen heraus mit den Mitteln der Schaffung neuer und der Verschärfung bereits existierender Straftatbestände Herr werden zu können. Mit den Vorlagen wird eine weitere Etappe im Ausbau des Repressionsinstrumentariums auf der Ebene der Gesetzgebung in Angriff genommen. Was im einzelnen konkret geplant ist, und wie sich die "Reformen" auswirken wollen wir darstellen. In einem ersten Teil wird zu klären sein, welche Änderungsvorschläge auf dem Tisch liegen und was sie konkret bedeuten. Im zweiten Teil wird eher thesenartig versucht, die anstehenden Gesetzesvorhaben in einen weiteren Zusammenhang staatlicher Repression zu stellen, also in etwa zu entwickeln welche Tendenz dem augenblicklichen Verlauf der politischen Unterdrückung zugrunde liegt, und wie die Linke darauf reagieren kann.

Bundesregierung und Opposition gehen davon aus, daß "radikale Gruppen und subversive Kräfte ... in extensiver Weise und unter Androhung sich steigernder Gewalt das Demonstrationsrecht" mißbrauchen, und zum gewaltsamen Umsturz aufrufen. Die Regierung will Gewalttaten entgegentreten, "die die Allgemeinheit besonders beunruhigen". Die Verwaltungen insgesamt meinen offenbar, dies ließe sich durch Verschärfung des Strafrechts besonders im Bereich des Schutzes der öffentlichen Ordnung bewerkstelligen; die CDU fordert obendrein einschneidende Einschränkungen des Versammlungsrechts und zwar insbesondere auch für Ausländer.

Im Einzelnen: geht es um die Änderung oder Ergänzung der §§ 111, 126, 140 und 145 d 241 StGB. Außerdem soll als wohl bedeutendster Teil der Änderungsvorschläge ein völlig neuer Straftatbestand (130 a) geschaffen werden. Dabei dreht sich um die Strafandrohung für die "Befürwortung" schwerer Gewalttaten (dazu weiter unten).

Aufforderung zu Straftaten

Die erste Änderung betrifft §111 StGB. Er stellt die öffentliche Aufforderung in Versammlungen oder Schriften zur Begehung von Straftaten unter Strafandrohung. (Also z.B. auf einen Teach-Inn zur Militanz auf dem Kudamm aufzurufen). Bleibt diese ohne Erfolg (also trotz Aufruf passiert dann wieder Erwarten auf dem Kudamm nichts) wurde die Strafandrohung bisher gemildert. Die vorliegende Fassung hebt für diesen Fall die Milderung auf und sieht Gefängnis bis zu 5 Jahren vor.

Landfriedensbruch

Der Bundesrat (CDU-regierte Länder, also CDU) beabsichtigt, den § 125 StGB (Landfriedensbruch) zu verschärfen. Die antiautoritären Demos und Aktionen der 60iger Jahre waren begleitet von einer Fülle von Verfahren, in denen Genossen, angeklagt waren, an Demos teilgenommen zu haben, die ohne ihre eigene bewußte Beteiligung zu Auseinandersetzungen etx. mit den Polizeiorganenen geführt hatten. Sie waren also wegen passiver Beteiligung angeklagt und je nach Bundesland zu z.T. hohen Strafen verurteilt oder aber freigesprochen worden. Diese Rechtsunsicherheit veranlaßte die Parlamente und die Justizverwaltungen im Jahre 1970 den Tatbestand des Landfriedensbruchs auf diejenigen zu begrenzen, die aktiv also als Täter, Teilnehmer oder Einheizer sich beteiligt haben. Diese Begrenzung soll nach Meinung der CDU wieder zurückgenommen werden. Also: Kommt es zu Gewalttätigkeiten soll jeder, "der sich der Menschenmenge anschließt, oder sich nicht aus ihr entfernt", bestraft werden. Gegen diese Verschärfung oder wenn man so will Reform der Reform (von 1970) hat die SPD Bedenken: Personen, die bewußt friedlich demonstrieren wollten, würden sich ohne eigene Aktivität strafbar machen; bei größeren Auseinandersetzungen habe man überhaupt keine Möglichkeit aus der Menge herauszugelangen. Die Polizei müsse sich bei ihren Verhaftungsversuchen ohnehin auf die aktiven Teilnehmer konzentrieren" dies entspreche auch der "Ökonomie der polizeilichen Kräfte", die in erster Linie Gewalttätigkeiten zu bekämpfen hätten. Die SPD meint im übrigen, die gegenwärtig geltende Vorschrift des Landfriedensbruchs (§ 125 StGB in Verbindung mit den Regelungen des Versammlungsgestzes (§ 27 StGB) und den Polizeigesetzen der Länder (also pol. Generalermächtigung; Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu verhindern, sowie Handgranatengesetz u.a.) würden den zuständigen Behörden alle notwendigen Befugnisse in die Hand geben, um Schaden für die öffentliche Sicherheit zu verhindern (nach Hübners Rechtfertigung des militärischen Einsatzes gegen die Wohnkollektive können wir der SPD in diesem Punkt beipflichten).

Androhung von Straftaten

CDU - wie SPD- und FDP-Entwürfe sehen gleichermaßen eine Neufassung des § 126 StGB vor, Danach wurde bisher mit erheblicher Gefängnisstrafe bedroht, wer durch die Androhung eines "gemeingefährlichen Verbrechens den "öffentlichen Frieden" störte. (Also etwa die Ankündigung zu einem bestimmten Zeitpunkt werde im Stadtzentrum eine Bombe losgehen. Damals im Stuttgart sollen es ja rechte Provokateure gewesen sein.). Der Tatbestand des Paragraphen wird weitgehend umgebaut. Die Voraussetzung, daß das angedrohte Verbrechen "gemeingefährlich", d.h. eine unmittelbare Gefahr für die Allgemeinheit (etwa Sprengstoff/Bomben/Mollis etc.) darstellen muß, entfällt. Stattdessen werden

die Straftaten mit denen nicht gedroht werde darf, einzeln genannt. Danach wird künftig bestraft, wer a) einen Landfriedensbruch (§ 125 siehe oben/ also militante Demo) b) einen Mord/ Totschlag etc.,c) eine Straftat gegen die persönliche Freiheit z.B. Menschenraub (§ 234/Verschleppung § 234 a/ erpresserischen Menschanraub § 239 a/ Geiselnahme § 239 b/ einen Raub/eine räuberische Erpressung (also keiner darf damit drohen, daß der Lorenz geklaut würde), d) eine gemeingefährliche Straftat wie Brandstiftung (§ 306 ff), Herbeiführung einer Explosion (§ 311), Vergiftung (§ 324) des Trinkwassers androht oder wider besseres Wissen vortäuscht, daß die oben genannten Straftaten bevorstünden.
Die hier geplante Verschärfung wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß früher nur die Androhung von Verbrechen, also besonders schwerer Straftaten (mind. 1 Jahr bis lebenslänglich), die obendrein allgemeingefährlich sein mußten, strafbar war, während künftig ein ganzer Katalog von Einzeldelikten vom Mord über die Entführung bis zur Gewaltanwendung bei Demos existieren wird, die man nicht androhen darf auf Veranstaltungen oder Flugblättern. (Kann schon Äußerungen betreffen wie: "Kommt massenhaft, damit wir uns gegen die Räumung von XY wehren können).
Die Höchststrafe für solche Androhungen ist im Übrigen von 1 auf 3 Jahre Knast heraufgesetzt worden.
Zur Beruhigung der Gemüter hat die SPd in ihrer Begründung zu dem Entwurf angegeben, es genüge nicht jede Drohung, vielmehr müsse"der öffentliche Frieden gestört" sein. Das aber sei nicht schon der Fall, wenn "ängstliche Gemüter beunruhigt werden", sondern es "muß eine allg. Beunruhigung der Bevölkerung" eintreten,die wiederum dann vorliegen soll, "wenn eine nicht unbeträchtliche Perso nenmehrzahl infolge der Androhung von ernsthafter Unruhe ergriffen ist." (Auf Deutsch,wenn man unterstellen kann, daß sich eine Anzahl Kreuzberger oder Weddinger erregt fühlt. Wann ist das nicht der Fall?)

Befürwortung von Gewalttätigkeiten

Die wohl wichtigste Verschärfung enthält der völlig neu ins Strafgesetzbuch einzufügende § 130 a. Danach soll bis zu 3 Jahren bestraft werden, wer eine Schrift, die die "Befürwortung" oder "Anleitung" zu einer der oben im § 126 StGB genannten Taten (also die ganze Palette von Landfriedensbruch über Brandstiftung, Geiselnahme bis Mord) enthält, verbreitet, öffentlich ausstellt oder sonst zugänglich macht, herstellt, bezieht, anbietet, vorrätig hält, etc. etc.
Dasgleiche gilt für den, der öffentlich oder zu ihrer Versammlung die oben genannten Straftaten befürwortet oder zu ihrer Begehung anleitet. Das Ausmaß der hier Betroffenen läßt zunächst sich aus dem Wortlaut und den einzelnen Formulierungen dieses Paragraphen überhaupt nicht entnehmen. In der Begründung zum Entwurf führt die SPD an, daß es zwar in Form des § 131 schon eine Regelung gebe, die die Verherrlichung von Gewalt und die Aufstachelung zu Rassenhaß bestrafe, der § 111, derAufforderung zu Straftaten in Schriften oder auf Versammlungen unter Strafe stelle. Es bleibe"jedoch ein straffreier Raum der sich empfindlich bemerkbar"mache. Der Täter bliebe nämlich oft deshalb straflos, "weil die Propagierung von Gewalt so formuliert ist, als handele es sich um eine theoretische Abhandlung über den Ablauf von Revolution und der dabei anzuwendenden Methoden". In diesen Fällen liege keine Anstifung oder Aufforderung an einen anderen, strafbaren Handlungen zu begehen, vor.
Bei der CDU heißt es, es erscheine im Interesse der Bekämpfung von Gewalt, daß "bereits im Vorfeld" (d.h. bevor jemand direkt anstiftet oder auffordert) "der ernsthafte ausdrückliche Ruf nach zukünftiger Anwend von Gewalt sozialschädlich und damit strafwürdig"sei. Dies treffe nicht nur für "Handbücher für Stadtguerilleros" oder "Handbücher für Hausbesetzer" oder ähnliche Schriften, sondern ganz allgemein solle der "etwa in der Form der modernen radikalen Postulate" und "insbesondere ein - häufig auch in theoretisierende Form gekleidetes - Eintreten" für die Begehung von Gewalttaten unter Strafandrohung gestellt werden.
Die SPD "gibt zwar zu bedenken, daß man die Möglichkeiten des Strafrechts nicht "überschätzen" dürfte. Immerhin müsse man bei der Abwägung zwischen den Rechten des einzelnen Bürgers und den Anforderungen der öffentlichen Sicherheit bedenken, daß "das Grundrecht der freien Meinungsäußerung in seinem unantastbaren Wesensgehalt nicht gefährdet" werden dürfe (im Klartext: nicht gänzlich abgeschafft werden darf). Damit ist allerdings die Unklarheit keineswegs beseitigt, und man darf annehmen, daß es bei der Anwendung des Gesetzes, also wenn Urteile gesprochen werden sollen, "entscheidend auf die Gesamttendenz der Darstellung ankommen wird", und es dem "Täter" (d.h. dem Autor oder Buchhändler) "jedenfalls nicht entlastet", sich am Ende der "gewaltpropagierenden Schrift... bloß verbal von den vorherigen Ausführungen" zu distanzieren. (aus der CDU-Begründung).
Es ist angesichts des oben formulierten neuen Straftatbestandes müßig,alle möglichen Äußerungen in Büchern, Flugblättern, sonstigen Schriften oder Versammlungen zu unterscheiden in möglicherweise bedrohte oder in jede Fall strafrechtlich unangreifbare.
Bedenkt man, daß in § 140 bereits die Billigung von Straftaten (also auch Gewaltanwendung) und in § 126 die Androhung von Gewalttaten unter Strafandrohung gestellt sind, so läßt sich leicht ausmachen, daß künftig, wenn man sich überhaupt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen äußert, alles andere als eine Ablehnung als "Befürwortung" im Sinne des § 130 a gedeutet und von den Staatsanwälten entsprechend verfolgt werden kann. Daß dies direkt die Linke trifft, kann man möglicherweise sogar verneinen, weil die Masse unserer Flugblätter und Zeitungen auch nach den heute schon gültigen Vorschriften mindestens verfolgt werden könnten. (z.B. "Wir brauchen keine Parteien - Räte müssen her" etc., etc.). Unmittelbar bedroht sind aber - und das ist genauso wichtig - die gesamte Struktur linksradikaler bis liberaler Kommunikation,und zwar erstens auf der Ebene der Herstellung(Druckerein, Redaktionen etc.) und zweitens der Verteilung auf die gesamte Vertriebsstruktur. Es ist unschwer zu erkennen, daß damit wesentliche politische Strukturen der Linken zerstört werden können ohne daß das umständliche Verfahren eines Parteinverbots (Art. 21 GG) oder des Verbosts einer Vereinigung durch die Innenverwaltungen von den Herrschenden ins Auge gefaßt zu werden braucht.

Fortsetzung folgt.....

ANZEIGEN TIPS TERMINE

Kreuzberger Wohnkollektiv sucht gebrauchte Waschmaschine/
wir haben eine alte Abzugsmaschine, suchen Typ/Frau, die das Ding reparieren können.
(Zuschriften an Info-Redaktion)

Zimmer in WG - Tel. 6932631 Harold gesucht

suche Zimmer in WG 752 14 90 Rainer

Suche Zimmer in undogmatischer WG
U-Bahn-Nähe Tel. 6148304 Helmut

Seminaränderung FB 15, FU
Dozent: Önder-Dimm
Dituation der ausländischen Arbeitnehmer in der BRD und in West-Berlin (bes. Aspekt: Probleme der Kinder u..Jugendlichen).
Di: 13.00-17.00 wö. Ort: Ihnestr. 21, Raum F
Beginn: 8.4.75

Thema: Strafvollzug Nr.5 soebedn erschienen mit folgenden Beiträgen:

Sexualität im Knast - oder die institutionalisierte Kastration - Arbeit macht frei - Isolationshaft in der BRD am Beispiel Brigitte Heinrich - Über Gefangenenzeitungen - Nachrichten und Meldungen über und aus dem Knast

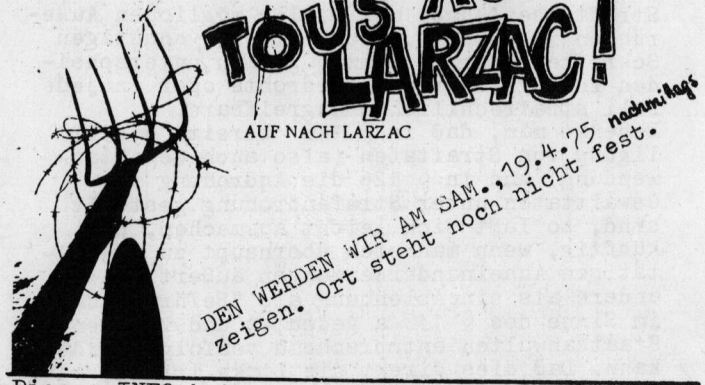
gegen Voreinsendung von DM 1,-- in Briefmarüber AG KNAST 61 Darmstadt c/o Asta der Fachhochschule 61 Darmstadt Schöferstr.

Große WG im Sanierungsgebiet sucht berufstätige Frau mit Kind Tel. 6126541

Wo ist eine WG in Auflösung begriffen
Suche 6/7-Zimmer-Wohnung Karl-Otto 6121664

sperrmüll vom 7.-2o.4. in reinickendorf, danach in spandau

FILM



Dieses INFO hat nur 12 Seiten:
1. Es lagen keine weiteren veröffentlichenswerten Artikel vor.
2. Unserer finanziellen Lage entsprechend dürften wir nur ein Titelblatt herausgeben.
(Den Spendenaufruf ist noch keinen gefolgt)

—INHALT—

Redaktionelles 2
Knast 3
Ostermarsch, Zensur 4
"Abend" über Spontis 5
Vietnam 7
DDR-Buch, Kommunikation. 8
Onania (do it!) 9
Neues vom Rechtsstaat ... 1o

Letzte Meldung

KKV (Kommunistischer Kellnerverband) gegründet. Parole bis zur Revolution: DAS VOLK BEDIENEN

ZK der KPD

DIENSTAG

- "nur pferden gibt man den gnadenschuß" um 18 und 2o.3o uhr im schlüter

9.oo Amtsgericht Tiergarten Saal 7o1
Prozess wegen Gefangenenmeuterei
gegen Ingrid Schubert und Sigi Buls

MITTWOCH

alles Liebe zum Geburtstag, Gela !

gerüchteweise solls ein chile-teach-in geben wahrscheinlich um 2o uhr im tu-audimax

-pädagogischer arbeitskreis für eltern von 20 - 21.30 uhr turmstr.35

- "die bettwurst" film von r.v.praunheim um 22 uhr im zdf

DONNERSTAG

-" der hamburger aufstand oktober 1923" um 19.3o uhr in der landesbildstelle, 1-21, wikingerufer 7 (umsonst)

- "die pille - hoffnung, erfahrung, enttäuschung oder die sexuelle befreiung der frau" um 2o.3o Uhr im rias II

- "satelliten-kultur - jugendliche im unsozialen wohnungsbau" um 22 uhr im zdf

- "fragen sie morgen noch mal nach - jugendliche arbeitslose" um 23 uhr im sfb III

Prozeß gegen Rebel,hat angeblich auf einer Kunzelmann-Demo Polizeibeamte angegriffen Moabit 9.00,Saal 701

Prozeß gegen Reinhardt wegen Nichtherausgabe einer Stelltafel an die Polizei in Wedding Moabit12.00,Saal 135

FREITAG

- tanz-workshop für jugendliche von 15 - 18 uhr im media-zentrum, kottbusser damm 75, 2. hof rechts IV

- "ein deutsches attantat"- anarchistenprozeß 1883 um 21.3o im zdf

- "strafvollzug in der sackgasse? um 2o.15 uhr im III.Programm

Prozeß gegen Weißbecker(Bruder von Thomas) wegen presserechtlicher Verantwortung für ein Flugblatt das gegen die Entlassung eines Lehrers protestierte AG 13.00,Saal 101

SONNABEND

Das ZDF bringt am Sam.,12.4., in seinem manchmal progressivem Jugendmagazin "direkt" um 18 Uhr einen Film über eine uns wohlbekannte Wohngemeinschaft im Sanierungsgebiet Kreuzberg-Nord (vergleiche INFO 43): Waldemarstr.81
Titel: "Wir lassen uns nicht wegsanieren"
Die WG dort lebt unter dem permanenten Druck, von den Profigeiern der senatseigenen BEWOGE rausgeschmissen zu werden.
Wer meint, daß es was bringt, wenn sich alle mal zusammensetzen die ihre Erfahrungen mit dem ZDF-Team des Jugendmagazin "direkt" gemacht haben (Putte, SJSZ, Rauch-Haus usw.), sollen 6121637 anrufen (Werner).

V.i.S.d.P. für diese Nummer Christian Harlemann

INFO-BUG: 1-21 Stephanstr.6o
tel.: 3 95 8o 83

Redaktionssitzung :
Sonntags ab 19.oo

Zusammenlegen :
Montags 17.oo
(Laß dich mal sehen!)

ABO : 1o Nummern
W.-Bln. 1oDM
BRD 11DM

Postscheckk.
K.O.Porip
119o 34-1o1